



Pressekonferenz vom 15. September 2009

Situation in der Stadt Winterthur für die Arbeitnehmenden in der Exportindustrie

Arbeit, Lohn und Rente – statt Profit und Gier.

Winterthur ist stark von der Krise betroffen. Innert Jahresfrist ist die Zahl der Menschen, die arbeitslos sind, um über 50% gestiegen. Per Ende August zählte die Stadt Winterthur 2'405 Arbeitslose. Dies sind 500 Personen mehr als noch vor drei Monaten. Die Arbeitslosenquote liegt mit 4.7% deutlich über der Stadt Zürich (4.1%) und dem Kanton Zürich (3.9%). Der Stadtrat beschönigt die Situation und hofft, dass Winterthur von der Krise dieses Mal nicht so stark getroffen werde. Dies ist leider nicht der Fall. Die Firmen der Exportindustrie haben in den letzten Monaten und Wochen 700 bis 800 Stellen gestrichen. Davon waren die Mehrzahl Temporär Beschäftigte. Zusätzlich sind einige hundert Arbeitnehmende auf Kurzarbeit gesetzt. Im Weiteren laufen in einigen Betrieben die Vorarbeiten zur Einführung von Kurzarbeit. Dies heisst Abbau von Mehr- und Überstunden und den Bezug von Ferien. Es gibt aber auch Ausnahmen wie die Stadler Winterthur AG und CCI AG in Oberwinterthur. Diese beiden Unternehmen stellen Arbeitnehmende ein.

Für die von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmenden heisst es monatlich eine Lohneinbusse von 500 – 600 Franken zu verkraften. Dies ist insbesondere für Familien mit Kindern happig. Dazu kommt die ganze Ungewissheit bezüglich Zukunft, was zu grossen psychischen Belastungen führt. Trotzdem verlangen die Gewerkschaften Kurzarbeit als Alternative zu Entlassungen. Wir fordern zudem die Ausdehnung der Kurzarbeit auf 24 Monate und vermehrte Angebote zur Weiterbildung.

Die Erfahrungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern sind in der Krise sehr unterschiedlich. Allgemein sträuben sich viele Firmen Kurzarbeit einzuführen. Eine Ausnahme ist hier die Firma Rieter. Aber andererseits es ist nur schwer erklärbar, dass ausgerechnet jetzt die Firma Rieter ein zusätzliches Restrukturierungsprogramm gestartet hat, welches den Abbau von 120 Stellen (13.5% der Belegschaft) zur Folge hat. Damit gefährdet die Firma in verschiedenen Bereichen den Produktionsablauf. Genau in diesem Moment auch noch die Leistungen des Sozialplans zu kürzen, erhöht den Spannungspegel für die Arbeitnehmenden zusätzlich und ist ein unfairer Schachzug. Die Firmen Burckhardt Compression AG und Sulzer AG haben statt Kurzarbeit einzuführen Entlassungen und Vorzeitige Pensionierungen vorgenommen. Dies trotz Widerstand der Arbeitnehmenden und der Gewerkschaften. Zudem sind die vorzeitigen Pensionierungen nur ungenügend abgedeckt, was die Betroffenen zwingt sich beim RAV anzumelden.

Die Gewerkschaften stellen fest, dass ohne gesetzliche Grundlage für Sozialpläne die Arbeitnehmenden sehr unterschiedlich und ungerecht behandelt werden. Jüngste Beispiele: zwei Frauen welche beide ca. 20 Dienstjahre haben: Eine bekommt mehre Tausend Franken Abgangsentschädigung und wird bei der Stellensuche unterstützt, die Andere erhält nichts als einen warmen Händedruck. Oder bei der Frühpensionierung: Es gibt Arbeitnehmende die erhalten keine Abfederung und sind gezwungen nach über 30 Dienstjahren sich beim RAV und der Arbeitslosenversicherung anzumelden. Dies in einer Situation in welcher die Firmen in den letzten Jahren grosse Gewinne realisiert haben aber offenbar für die Arbeitnehmenden keine Reserven vorhanden sind. Ein Skandal.

Eure Krise baden wir nicht aus!

Für Fragen: Oswald Ulrich, Präsident Gewerkschaftsbund Winterthur, 079 419 27 16